

Liebe Friedensfreunde und Freundinnen, liebe Unterstützer und Unterstützerinnen

In der kommenden Woche berät der Bundestag über den Haushaltsplan 2021.

Geplant ist, dass der Verteidigungshaushalt offiziell auf rund 46,8 Milliarden Euro steigen soll - und damit um 1,2 Milliarden Euro mehr als im Haushalt 2020.

Der Verteidigungshaushalt ist der zweit größte Posten im Bundeshaushalt hinter Arbeit und Soziales.

Erst an vierter Stelle kommt mit 24,3 Mrd. € -also gut die Hälfte des Verteidigungshaushaltes das Ressort Gesundheit. Mit 20,2 Mrd. € folgt an sechster Stelle Bildung und Forschung.

Ehrlich gesagt, schockiert mich das. Es schockiert mich deshalb, weil in den letzten Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst es bereits als eine Zumutung angesehen wurden, dass die Beschäftigten mehr Geld forderten. Nachdem im Frühjahr alle so beherzt für die Menschen geklatscht hatten, die sich in den Krankenhäusern und in der Pflege bis zur Erschöpfung für die Kranken und Pflegebedürftigen eingesetzt hatten.

Teile der Bundesregierung planen, den Rüstungsanteil im Haushalt in den kommenden Jahren aufgrund des Versprechens gegenüber der Nato auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu erhöhen. Das würde bei einem erwarteten BIP für Deutschland von 4,1 Billionen Euro (IWF) für das Jahr 2024 den Betrag von über 80 Milliarden € für Militärausgaben bedeuten.

Während das Geld, wie die Pandemie deutlich gezeigt hat, in allen zivilen Bereichen fehlt: bei Schulen und Kitas, im sozialen Wohnungsbau, der Gesundheit, der Alterssicherung, dem ökologischen Umbau wie auch der Klimagerechtigkeit.

Von den 46,8 Mrd € für die Verteilung werden aktuell knapp 265.000 Männer und Frauen bei der Bundeswehr beschäftigt -in Uniform aber auch in Zivil- Tendenz steigend. Menschen, die in Kasernen und in der Verwaltung das militärische Gerät warten und Instandhalten und sich in Planspielen auf potentielle Kriege vorbereiten. Die leisten wir uns einfach mal so, ohne, dass sie einen direkten Mehrwert für die Gesellschaft erzeugen.

Dagegen werden im Jahr 2030 in Deutschland zusätzlich mindestens 187.000 Pflegekräfte mehr benötigt, die wir wirklich brauchen, wie ein im Auftrag der Deutschen Krankenhausgesellschaft erstelltes Gutachten

zeigt. Menschen, die fehlen, die einen echten Wert für die Gesellschaft bedeuten.

Wir leisten uns seit Jahrzehnten Personal einschließlich Mrd teures Kriegsgerät für Kriegseinsätze, die bisher zu keinen vorzeigbaren Ergebnissen -geschweige denn Erfolg- geführt haben.

Dagegen ist es seitens der Bundesregierung unvorstellbar sich einen Überhang im Gesundheitswesen nur vorzustellen. Denn schon 2013 entwickelte das Robert Koch-Institut ein Pandemie-Szenario, wie es jetzt in weiten Teilen Realität geworden ist. Politische Konsequenzen wurden daraus offenbar nicht gezogen. Statt dessen werden Soldaten aus den Kasernen bemüht, um die Lücken im Gesundheitswesen zu stopfen.

Ich sage, wir brauchen das Geld in der Gesundheit, im Bildungswesen und in der Pflege und nicht für Kriegsspiele.

Wir leben in einer globalisierten Welt. Die Ressourcen sind endlich. Wir können es uns in so einer vernetzten Welt nicht leisten, Kriege um Ressourcen zu führen. Die Ressourcen sind für alle da und nicht nur für die, die den größten Colt in der Tasche haben. Eine gerechte und friedliche Ressourcenverteilung ist eines der großen Herausforderungen und Aufgaben für die Zukunft.

Die "Fridays for Future" Aktivistin Myriam Rapior hat es sehr schön auf den Punkt gebracht. Sie sagt und gibt damit m.E. die Sicht vieler junger Menschen wieder: "Ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, die internationales Gegeneinander und nationalen Egoismus priorisieren. Aktive Friedens- und Umweltpolitik sieht anders aus. Deshalb ist es wichtig, dass die Bundesregierung die Rüstungsausgaben nicht erhöht und statt dessen die notwendigen Mittel für die soziale und ökologische Ausrichtung unserer Gesellschaft zur Verfügung stellt."

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Vielen Dank für Eure Aufmerksamkeit.